Deutscher Bundestag **Drucksache 18/10595**
18. Wahlperiode 09.12.2016

Fragen

für die Fragestunde der 208. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 14. Dezember 2016

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	*Nummer der Frage*
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	19, 20
Behrens, Herbert (DIE LINKE.)	35, 36
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	23, 24
Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29, 30
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	39, 40
Höger, Inge (DIE LINKE.)	7
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	27, 28
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	10, 11
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	21, 22
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 6
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 2
Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	37, 38
Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	33, 34
Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 4
Movassat, Niema (DIE LINKE.)	12, 13
Mutlu, Özcan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18
Neu, Alexander S., Dr. (DIE LINKE.)	14, 15
Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8, 9
Pothmer, Brigitte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	26
Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16, 17
Walter-Rosenheimer, Beate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31
Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	25, 32

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	12

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

1. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den aktuellen Sachstand der Optionenprüfung der Energiewerke Nord GmbH zur Nachrüstung des Zwischenlagers Nord (bitte möglichst ausführliche und konkrete Angabe), und für wann konkret ist nach ihren Erkenntnissen mit der Vorlage von Planungen für ein neues Genehmigungsverfahren einschließlich entsprechender Zeitpläne sowie des betreffenden Genehmigungsantrags zu rechnen (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 18/9435)?

2. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Jeweils wann werden schätzungsweise die Reststrommengen der acht deutschen Atomkraftwerke, die noch über eine Berechtigung zum Leistungsbetrieb verfügen, aufgebraucht sein, sofern es zu keinen längeren ungeplanten Stillständen und keinen Strommengenübertragungen kommt (bitte anlagenscharf und – sofern die Bundesregierung mehrere Szenarien für möglich hält – vollständig angeben)?

3. Abgeordneter **Christian Kühn (Tübingen)** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Durch welche Maßnahmen sollen die im Klimaschutzplan 2050 beschlossenen zusätzlichen CO_2-Einsparungen im Gebäudebereich erreicht werden, und welche Ergebnisse hatte das Treffen von Bundesministerin Dr. Barbara Hendricks mit den führenden Interessenvertretern der Immobilienwirtschaft am 28. November 2016, welches anstelle des Spitzengesprächs des Bündnisses für bezahlbares Wohnen und Bauen stattfand?

4. Abgeordneter **Christian Kühn (Tübingen)** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Mit welchen Kosten für die Kommunen rechnet die Bundesregierung für die Klimafolgenanpassung bis 2050?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

5. Abgeordneter **Uwe Kekeritz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus welchem Haushaltstitel stammen die 12 Millionen Euro, die der sudanesischen Regierung von der Bundesregierung bilateral zur Bekämpfung von illegaler Migration zugesagt wurden (www.sudantribune.com/spip.php?article60551), und welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Rolle führender Militärs, die als frühere Mitglieder der Janjaweed-Reitermilizen, denen Kriegsverbrechen in Darfur zur Last gelegt werden, nun im Rahmen des „Better Migration Management“ der EU Grenzsicherungsmaßnahmen im Sudan durchführen (http://taz.de/EU-Fluechtlingspolitik-im-Sudan/!5355404/)?

6. Abgeordneter **Uwe Kekeritz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Plant die Bundesregierung, zu den Interim-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Interim-WPAs) der EU und ihrer Mitgliedstaaten mit Ghana sowie mit der Elfenbeinküste dem Deutschen Bundestag ein Vertragsgesetz nach Artikel 59 Absatz 2 des Grundgesetzes zur Ratifikation vorzulegen (bitte begründen), und mit welcher Begründung schließt die Europäische Union nach Kenntnis der Bundesregierung mit einzelnen Staaten der Westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion (ECOWAS) so genannte Interim-WPAs ab, die die regionale wirtschaftliche Integration der ECOWAS-Staaten nach meiner Auffassung untergraben könnten und somit im Widerspruch zum erklärten Ziel der WPAs stehen, die regionale, wirtschaftliche Integration in Afrika vorantreiben/fördern zu wollen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

7. Abgeordnete **Inge Höger** (DIE LINKE.)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem aktuellen Bericht Landmine-Monitor, aus dem für das Jahr 2015 ein Anstieg von Unfällen mit Landminen und explosiven Kriegsresten um 75 Prozent hervorgeht, auch hinsichtlich des

deutschen Beitrages zur internationalen humanitären Minenräumung (www.handicap-international.ch/de/neuigkeiten/landminenbericht-2016-zahl-der-neuen-unfaelle-mit-landminen-fast-verdoppelt)?

8. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Inwiefern werden die „strukturelle Weiterentwicklung“, die „Erweiterung […] der Social-Media-Betreuung“ (vgl. meine Schriftliche Frage 8 auf Bundestagsdrucksache 18/9423) und das auf über 700 000 Anhänger gewachsene Publikum des Facebook-Angebots im Haushaltsjahr 2017 zu einer Erhöhung der Mittel für das Portal Qantara.de führen, und wenn nein, warum werden die Mittel nicht erhöht?

9. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Inwiefern liegen der Bundesregierung eigene Erkenntnisse über die von der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch konstatierten Restriktionen von Hilfslieferungen in das kurdische Sindschar-Gebirge (vgl. https://www.hrw.org/news/2016/12/04/iraq-krg-restrictions-harm-yezidi-recovery) vor, und auf welche Weise übt die Bundesregierung auf ihre Partner der kurdischen Regionalregierung Druck aus, damit alle Binnenvertriebenen und Flüchtlinge unabhängig von ihrem Aufenthaltsort und ihrer Volkszugehörigkeit bestmöglich versorgt werden können?

10. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

Welche weiteren Details sind der Bundesregierung zu Medienberichten bekannt, wonach auch die Türkei nunmehr Kampfdrohnen einsetzt, um damit im Inland sowie im Nordirak Stellungen kurdischer Kämpfer zu bombardieren (http://aa.com.tr vom 10. November 2016, „Aerial drones kill 19 PKK terrorists in SE Turkey“), und inwiefern stellen diese Angriffe, die aus meiner Sicht womöglich am Rande der Operationen der Bundeswehr bzw. anderer NATO-Kräfte erfolgt sein könnten, aus Sicht der Bundesregierung eine Verletzung des Völkerrechts oder der Menschenrechte dar?

11. Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE.)

Welche weitergehenden Angaben wurden von US-amerikanischer Seite bis heute insbesondere dazu gemacht, dass von der Basis in Ramstein eine Reihe weiterer Aufgaben unterstützt werden, darunter die Planung, Überwachung und Auswertung von zugewiesenen Luftoperationen (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 16, Plenarprotokoll 18/205 vom 30. November 2016), und inwiefern wurde gegenüber der Bundesregierung dargelegt, ob es sich bei solchen Luftoperationen in den Aufgabengebieten des AFRICOM auch um Einsätze mit bewaffneten Drohnen handelt?

12. Abgeordneter **Niema Movassat** (DIE LINKE.)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass sie durch die Zurverfügungstellung der Einrichtung in Ramstein mit einer Relaisstation für die Weiterleitung von Daten für das US-Militär an den Kampfdrohneneinsätzen der USA beteiligt ist, und falls nein, mit welcher Begründung?

13. Abgeordneter **Niema Movassat** (DIE LINKE.)

Aus welchen Gründen kommt die Bundesregierung zu dem Schluss, dass der Einsatz von Kampfdrohnen „allgemein kein völkerrechtswidriger Vorgang“ sei (Staatsminister Michael Roth am 30. November 2016 in der Fragestunde des Deutschen Bundestages), wenn laut dem UN-Sonderberichterstatter Philipp Alston außerhalb bewaffneter Konflikte kaum eine rechtliche Erlaubnis für den Einsatz von Kampfdrohnen bestehe (UN Doc. A/HRC/14/24/Add.6 vom 28. Mai 2010), und welche eigene völkerrechtliche Prüfung von Drohneneinsätzen der USA hat die Bundesregierung vorgenommen, um zu diesem Ergebnis zu kommen?

14. Abgeordneter **Dr. Alexander S. Neu** (DIE LINKE.)

Welche Einzelheiten sind der Bundesregierung mittlerweile zu Auftrag, Tätigkeit und technischen Funktionen bzw. Fähigkeiten des Analysezentrums „Distributed Common Ground System“ in Ramstein bekannt (Süddeutsche Zeitung vom 16. Juli 2014, „Ramstein ist Zentrum im US-Drohnenkrieg“), und handelt es sich bei dem „Distributed Common Ground System“ nach

Kenntnis der Bundesregierung um eine Einrichtung zur Planung, Überwachung und Auswertung von Luftoperationen, insbesondere Drohnenoperationen?

15. Abgeordneter **Dr. Alexander S. Neu** (DIE LINKE.)

Was ist der Bundesregierung über das Verhältnis der Zahl der nicht unmittelbar an Feindseligkeiten beteiligten zivilen Opfer der US-Drohnenangriffe im Verhältnis zu getöteten Kombattanten bekannt, und welche Statistik (etwa von Human Rights Watch) hält sie hierzu für glaubwürdig und aussagekräftig?

16. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum nahm die Bundesregierung in Deutschland bisher nicht gemäß der Bitte des US-Präsidenten Barack Obama – außer meines Wissens bislang nur zwei – weitere Häftlinge aus dem US-Gefangenenlager Guantanamo auf, gegen die US-Behörden keine strafrechtlichen Vorwürfe mehr erhoben, und wird die Bundesregierung nunmehr auf Präsident Barack Obamas Ankündigung hin, möglichst bis zum Ende seiner Amtszeit alle Häftlinge aus Guantanamo zu entlassen, ebenso wie die Republik Kapverden (vgl. The New York Times, online vom 4. Dezember 2016) weitere Häftlinge aus Guantanamo in Deutschland aufnehmen bzw. hierum rasch die Regierungen der Bundesländer bitten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

17. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hat anlässlich der Wikileaks-Veröffentlichung (24. November 2016) von Unterlagen, welche die Bundesregierung bzw. Bundesbehörden erstellen und später dem 1. Untersuchungsausschuss der 18. Wahlperiode „NSA“ des Deutschen Bundestages zuleiten ließen, die zuständige Staatsanwaltschaft – wohl Berlins – auch der Bundesregierung – ebenso wie dem Bundestag – einen Antrag übermittelt, gemäß § 353b Absatz 4 Satz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs die nötige Ermächtigung zur Strafverfolgung zu erteilen gegen Mitarbeiter der Bundesregierung bzw. von Bundesbehörden wegen des Verdachts einer „Verletzung des Dienstgeheimnisses und einer besonderen

Geheimhaltungspflicht“, und wird die Bundesregierung diese Ermächtigung – ebenso wie der Präsident des Deutschen Bundestages bereits am 2. Dezember 2016 – erteilen, bzw. hat sie dies schon getan?

18. Abgeordneter **Özcan Mutlu** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Ziele verfolgt die Bundesregierung mit der Unterzeichnung der deutsch-chinesischen zwischenstaatlichen Fußballkooperation, und welche Rolle spielten bzw. spielen deutsche Fußballclubs und der DFB bei Zustandekommen und Umsetzung der Vereinbarung?

19. Abgeordneter **Volker Beck (Köln)** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus einer „taz“-Recherche vom 30. November 2016, dass Behörden weit mehr als 5 000 Leugner der Existenz der Bundesrepublik Deutschland bekannt seien und Hunderte legal Waffen besitzen?

20. Abgeordneter **Volker Beck (Köln)** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie rechtfertigt die Bundesregierung die erheblichen finanziellen Aufwendungen für die Beauftragung von McKinsey mit der Beratung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, um „konsequentere Rückführungen“ durchzuführen (DIE WELT, 6. Dezember 2016)?

21. Abgeordnete **Ulla Jelpke** (DIE LINKE.)

Was sind die Gründe dafür, dass die vom Leiter des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Frank-Jürgen Weise, vorgegebenen Ziele, „im Schnitt des Jahres 2016“ eine „durchschnittliche Verfahrensdauer von drei Monaten“ zu erreichen und den Berg von 356 000 noch nicht entschiedenen Anträgen im Laufe des Jahres 2016 abzubauen (www.n-tv.de/politik/Bamf-Chef-nimmt-sich-fuer-2016-viel-vor-article16557021.html), trotz einer deutlich geringeren als noch zu Beginn des Jahres 2016 erwarteten („Bundesamt für Migration rechnet mit 500 000 Flüchtlingen in diesem Jahr“, Rheinische Post, 16. Februar 2016) Zahl neuer Asylsuchender im Jahr 2016 nicht erreicht werden (im dritten Quartal 2016 betrug die durchschnittliche Asylverfahrensdauer 6,6 Monate, Bundestagsdrucksache 18/10575, Frage 4; Ende Oktober 2016 waren 547 174 Asylverfahren anhängig; www.bmi.bund.de; bitte so detailliert wie möglich und mit Zahlen und Daten unterlegt

antworten), und in welchem Ausmaß hat sich diesbezüglich insbesondere die Abschaffung des schriftlichen Verfahrens als Regelverfahren bei Asylsuchenden mit nahezu 100-prozentiger bereinigter Schutzquote (aus Syrien und Eritrea, vgl. Bundestagsdrucksache 18/10575, Frage 1b) negativ ausgewirkt (bitte ausführen)?

22. Abgeordnete **Ulla Jelpke** (DIE LINKE.)

Wie waren die Ergebnisse in den seit April 2016 wegen eines nur subsidiären Schutzstatus gegen Asylbescheide des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge erhobenen Klagen, und wie viele Klagen sind noch anhängig?

23. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)

Inwieweit trifft es zu, dass nach meiner Kenntnis das Bundesinnenministerium (BMI) für das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) bereits für das Jahr 2017 Mehrbedarfe an Planstellen und Mitteln für erforderlich hält, die unter anderem dadurch gerechtfertigt würden, dass das BfV unter anderem auch in die Lage versetzt werden soll, mögliche nachrichtendienstliche Aktivitäten zur Einflussnahme bezogen auf die Willensbildung in Deutschland seitens des türkischen Geheimdienstes MIT aufzuklären, und wie hoch ist der Mehrbedarf für die nächsten drei Jahre für diesen Aufgabenbereich (bitte entsprechend den Jahren Planstellen und Finanzmittel auflisten)?

24. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)

Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche), dass Imame der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (Ditib), der direkt von der türkischen Regierung gesteuerte mit 970 Moscheegemeinden größte islamische Dachverband in Deutschland, dafür eingesetzt werden, türkische Staatsbürger im Auftrag des türkischen Geheimdienstes MIT auszuspionieren, wobei Halife Keskin, für Auslandsangelegenheiten zuständiger Vizechef des Religionspräsidiums, die Ditib-Imame aufgefordert haben soll, „detaillierte Berichte“ über alle Tätigkeiten, Einrichtungen und das Personal der Gülen-Organisation zu erstellen (https://www.welt.de/politik/ausland/article160132361/Tuerkische-Imame-spionieren-in-Deutschland-fuer-Erdogan.html), und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

25. Abgeordnete
Sabine Zimmermann (Zwickau)
(DIE LINKE.)

Wie viele Personen zahlten nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2005 bis 2015 jeweils sogenannten „Elternunterhalt“ für ihre pflegebedürftigen Eltern, und wie hoch lag in diesen Jahren jeweils das Gesamtaufkommen aus diesen Zahlungen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

26. Abgeordnete
Brigitte Pothmer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie hoch ist der Anteil an Vermittlungen von Arbeitslosen in Leiharbeitsverhältnisse an allen Vermittlungen von Arbeitslosen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse durch die Arbeitsagenturen und Jobcenter (bitte gleitende Zwölf-Monatssumme differenziert nach den Rechtskreisen des Zweiten und Dritten Buches Sozialgesetzbuch angeben), und wie hoch ist dabei jeweils der Anteil an ungeförderten und geförderten Vermittlungen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

27. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Was genau versteht die Bundesregierung unter einer „Stärkung des Bereichs der Klimafolgen“, die im Rahmen der Zukunftsstrategie „Aussaat 2017“ vom Bundeslandwirtschaftsministerium am 7. Dezember 2016 angekündigt wurde?

28. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche aus der „Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel“ formulierten Maßnahmen wird das Bundeslandwirtschaftsministerium hinsichtlich der Klimaanpassung als erstes umsetzen?

29. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Mit welchen Ressourcen soll eine Stärkung des Bereichs Klimafolgen im Bundesministerium für Landwirtschaft und Ernährung gelingen, und wie wird dadurch sichergestellt, dass die im Klimaschutzplan 2050 für die Landwirtschaft festgelegten Minderungsziele bis 2030 erreicht werden?

30. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie ist der bzw. die in der Zukunftsstrategie „Aussaat 2017“ genannte künftige Digitalisierungsbeauftragte im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft im Haushalt 2017 fixiert, und welche Themenfelder sollen hinsichtlich der Digitalisierung bearbeitet werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

31. Abgeordnete
Beate Walter-Rosenheimer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie und wann wird die Bundesregierung ihrer jährlichen Berichtspflicht gegenüber dem Deutschen Bundestag nach § 42e des Achten Buches Sozialgesetzbuch zur Situation unbegleiteter ausländischer Minderjähriger angesichts des nahenden Jahresendes nachkommen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

32. Abgeordnete
Sabine Zimmermann (Zwickau)
(DIE LINKE.)

In welcher Höhe leisteten nach Kenntnis der Bundesregierung wie viele gesetzlich Versicherte jeweils in den Jahren 2005, 2010 und 2015 bzw. aktuellste verfügbare Angabe Eigenanteile beim Zahnersatz (Höhe der Eigenanteile bitte angeben als gesamten, durchschnittlichen und prozentualen Anteil an den Kosten des Zahnersatzes)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

33. Abgeordneter
Stephan Kühn (Dresden)
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie viele Elektrofahrzeuge, die von Kommunen neu beschafft wurden, wurden bislang durch die „Förderrichtlinie Elektromobilität“ vom 9. Juni 2015 bezuschusst, und von welcher weiteren Entwicklung geht die Bundesregierung aus?

34. Abgeordneter
Stephan Kühn (Dresden)
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus welchem Grund soll das zuvor als „Luftverkehrskonzept der Bundesregierung“ (u. a. Antwort der Bundesregierung zu den Fragen 10 bis 12 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/7260) geplante Konzept nunmehr als „Luftverkehrskonzept des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur“ (Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 32 im Plenarprotokoll 18/205, Anlage 20) veröffentlicht werden, und inwiefern geht die Bundesregierung davon aus, die darin genannten Maßnahmen noch in dieser Legislaturperiode umzusetzen?

35. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)

Liegen nach Kenntnis der Bundesregierung detailliertere Daten zur Verwendung der bereits bewilligten Fördergelder aus dem Bundesprogramm für den Breitbandausbau vor, die nicht nur nach Landkreisen aufgeschlüsselt sind, sondern auch Aufschluss darüber geben, welche Technologie (FTTC, FTTH/B, Vectoring) beim Ausbau verwendet wird (bitte begründen), und wo sind diese Informationen gegebenenfalls verfügbar?

36. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)

Wie viele der bis dato bewilligten Projekte sind nach Kenntnis der Bundesregierung solche, die Wirtschaftlichkeitslücken schließen sollen (bitte mit Angabe in Prozent), und falls der Bundesregierung hierzu keine Informationen vorliegen, wie beabsichtigt die Bundesregierung, diese Informationslücke zu schließen?

37. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Von welchen Mindereinnahmen bei der von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt geplanten PKW-Maut (ursprünglich geplant waren 500 Millionen Euro) geht die Bundesregierung nach den Gesprächen mit der EU-Kommission durch die neuen Preisstufen für Kurzzeittarife und der Entlastung für die Schadstoffklasse Euro 6 aus, und welche Kosten (bitte aufgeschlüsselt nach einmaligen und fortlaufenden Kosten) stehen der PKW-Maut gegenüber angesichts der neuen Preisstufen, einer Handy-App zum Bezahlen (falls noch nicht abschließend berechnet, bitte Spanne angeben)?

38. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen (wie etwa Bußgelder, Stilllegung) drohen dem Halter bzw. den Fahrzeugherstellern eines vom Abgasskandal betroffenen Fahrzeugs, wenn trotz § 25 Absatz 2 der EG-Fahrzeuggenehmigungsverordnung kein konformer technischer Zustand des Fahrzeugs durch die Entfernung einer unzulässigen Abschalteinrichtung auf der Grundlage der Verpflichtung des Kraftfahrt-Bundesamtes geschaffen wurde?

39. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Tunnel, die durch Anhydritschichten führen, wurden nach Kenntnis der Bundesregierung bislang nach dem von Prof. Walter Wittke entwickelten Bauverfahren, das bei Stuttgart 21 Anwendung findet, in Betrieb genommen (vgl. Stuttgarter Zeitung vom 3. Dezember 2016), und welche Erkenntnisse gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung bezüglich der Resistenz dieser Tunnelanlagen gegen die Risiken aufquellender Anhydritschichten?

40. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Anhand welcher Kennzahl möchte die Bundesregierung das im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD festgeschriebene Zwischenziel zur Umrüstung von lauten Güterwagen (mindestens 50 Prozent der in Deutschland verkehrenden Güterwagen bis 2016) kontrollieren, und auf welcher Datenbasis wird diese Kennzahl von der Bundesregierung ermittelt?



Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333